

AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN DES ARABISCHEN FRÜHLINGS

EXPERTENTAGUNG DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG IN CADENABBIA, 27. BIS 30. OKTOBER 2011

Die Region Nordafrika und Naher Osten durchlebt seit Beginn des Jahres 2011 einen historischen Prozess des politischen Wandels, resultierend aus den Protesten der Bevölkerung. Der autokratische und repressive Führungsstil der politischen Eliten in der arabischen Welt, basierend auf Militär- und Polizeigewalt, Korruption, Zensur und Klientelismus, führte die despotischen Regime in eine Legitimitätskrise. Als entscheidende Einflussfaktoren in diesem Prozess müssen die wachsenden demografischen und ökonomischen Herausforderungen gelten, mit denen sich die Länder der Region konfrontiert sahen und nach wie vor sehen, auf die Regierungen jedoch keine zufriedenstellenden Antworten gefunden hatten. Die daraus resultierende Perspektivlosigkeit großer Bevölkerungsteile ließ schließlich insbesondere die junge Bevölkerung aufbegehren. Ihr Ruf nach Freiheit, politischer Partizipation, und sozialem sowie wirtschaftlichem Wandel führte zu einer bisher ungekannten gesellschaftlichen Mobilisierung in der Region, die nicht zuletzt durch die Verbreitung sozialer Netzwerke zusätzlich gefördert wurde.

Gleichwohl sind der Ausgang der revolutionären Umbrüche und deren politische Ausgestaltung noch ungewiss. Die Länder stehen erst am Anfang des demokratischen Aufbruchs. Zum Zeitpunkt der Veranstaltung lag die Bekanntgabe des Wahlergebnisses in Tunesien nur wenige Tage zurück, und die Wahlen in Ägypten standen erst noch bevor. Libyen sieht sich nach dem Fall des Gaddafi-Regimes vor einem schwierigen Prozess hin zu einem demokratischen System. In Syrien scheint das Assad-Regime weiterhin die Kontrolle über das Land zu behaupten, geht jedoch mit äußerster Brutalität gegen die eigene Bevölkerung vor. Den Königshäusern in Jordanien und Marokko gelang es dagegen bisher, die Proteste der Bevölkerung durch angekündigte und bereits vollzogene Reformschritte vorerst zu beruhigen. Für die Europäische Union ist die weitere Entwicklung und politische Ausrichtung der Länder Nordafrikas und des Nahen Ostens von zentraler sicherheitspolitischer Bedeutung, da sich die Mittelmeerstaa-



ten in unmittelbarer Nachbarschaft zur EU befinden. Politische Instabilität sowie der Ausbruch militärischer Konflikte im Nahen Osten und Nordafrika haben direkte Auswirkungen auf die südlichen Mittelmeeranrainernstaaten der EU.

Vor diesem Hintergrund lud die Konrad-Adenauer-Stiftung ausgewählte internationale Experten vom 27. bis 30. Oktober 2011 zu einer Fachtagung nach Cadenabbia ein. Im kleinen Kreis wurden zentrale Fragen der außen- und sicherheitspolitischen Implikationen der „Arabellion“ für die europäischen Staaten erörtert, die europäische Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) einer kritischen Analyse unterzogen sowie insbesondere mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen, Empfehlungen für eine zukünftige Ausrichtung der GASP gegenüber den Ländern der MENA-Region (MENA – Middle East and North Africa – Naher Osten und Nordafrika) erarbeitet.

*25. Januar 2011:
Einer der Demonstranten schwenkt die ägyptische Fahne über dem Tahrir-Platz in Kairo.*



Von links nach rechts: Dr. Michael Lange, KAS, Prof. Dr. Carlo Masala, Universität der Bundeswehr München, Dr. Carsten Wieland, Auswärtiges Amt.

SICHERHEITSPOLITISCHE AUSWIRKUNGEN DER UMBRÜCHE IM NAHEN OSTEN

Die Teilnehmer waren sich darin einig, dass die sicherheitspolitischen Konsequenzen der revolutionären Umbrüche gegenwärtig noch nicht absehbar seien. Vielmehr befände sich der Nahe Osten erst in der Anfangsphase eines umfassenden Transformationsprozesses. Ein Teilnehmer beschrieb die aktuelle Entwicklung mit dem Satz: ‚Politics is back to the Arab world‘ und stellte dabei auf die erhofften neuen „demokratischen“ Verfahren zur politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung ab.

Dennoch wurde der Begriff des „Arabischen Frühlings“ kritisch hinterfragt. Dieser suggeriere einen gradlinigen revolutionären Prozess, der quasi auf natürliche Weise zu einem demokratischen Zustand hinführe. Es sei jedoch noch viel zu früh, einen erfolgreichen Wandel zu prognostizieren. Von besonderer Bedeutung seien sicher die kommenden sechs bis zwölf Monate, in denen sich die neuen politischen Ordnungen konfigurieren und, versehen mit neuen politischen Akteuren, ihre Arbeit aufnehmen werden. Dies gilt sicherlich vor allem für Ägypten, ein immer noch Beispiel gebender arabischer Staat.

Ob der „Arabische Frühling“ seinen entscheidenden Abschluss möglicherweise in Damaskus finden werde, war eine viel diskutierte Frage. Syrien kommt im Nahen Osten aufgrund seiner geostrategischen Lage eine besondere Bedeutung zu. Eine Eskalation des innersyrischen Konflikts hin zu einem umfassenden Bürgerkrieg, so ein Teilnehmer, würde erhebliche Auswirkungen für die Nachbarländer mit sich bringen und die ohnehin angespannte Lage im Nahen Osten erheblich belasten.

Gleichzeitig gilt es, die Entwicklungen in Ägypten aufmerksam zu beobachten. Im regionalen Staatengefüge nimmt Ägypten eine Schlüsselposition ein. Dies insbe-

sondere mit Blick auf die ägyptisch-israelischen Beziehungen und ihre zentrale Bedeutung im Rahmen des Nahost-Konfliktes. Das Land sieht sich vor enorme wirtschaftliche Herausforderungen gestellt. Der regierende Oberste Militärrat übt weiterhin einen großen Einfluss auf die politische Entwicklung des Landes aus. Auch könne man noch nicht von einem Elitenwechsel sprechen, was bis heute insbesondere – so ein ägyptischer Teilnehmer – für den Finanzsektor gelte. Ende November werden die Ägypter damit beginnen ein neues Parlament zu wählen. Die Wahl eines neuen Staatspräsidenten wird bis zur Verabschiedung einer neuen Verfassung zurückgestellt. Die zukünftige außenpolitische Ausrichtung des Landes ist für den Nahost-Friedensprozess von ausschlaggebender Bedeutung. Die Friedensverträge mit Israel wurden im Land zuletzt kontrovers diskutiert, vom Obersten Militärrat jedoch verteidigt. Es muss sich erst noch zeigen, ob ein neu gewähltes ägyptisches Parlament auf durchaus mögliche Veränderungen dieser Verträge bestehen wird.

Einig waren sich die Teilnehmer auch mit Blick auf den von militärischen Auseinandersetzungen belasteten und durch Stammesstrukturen zerrissenen Jemen. Es bestehe die akute Gefahr, so ein Teilnehmer, dass man in naher Zukunft vom Jemen als einem gescheiterten Staat sprechen müsse. Der Jemen zählt zu den bevölkerungsreichsten Ländern der Region und gilt allgemein als „Armenhaus“ der arabischen Welt.

Das Land kann im Vergleich zu Libyen nicht auf reiche Rohstoffressourcen bauen und ist mangels einer soliden Infrastruktur wirtschaftlich auf externe Hilfe angewiesen. Bereits heute ist der Jemen ein Rückzugsgebiet für regionale Terrornetzwerke, hier insbesondere Al-Qaida, die sich den Status quo zunutze machen. Der Golfkooperationsrat (GKR) habe sich bis dato mit seinen Vermittlungsbemühungen kein Gehör verschaffen können. Der Jemen sei daher, so

*Zeichen des Zorns: Zerrissenes
Plakat des ehemaligen Machthabers
Ben Ali in Tunesien.*



einer der anwesenden Sicherheitsexperten, ein weiteres Beispiel für das Unvermögen des Rates, regionale Konflikte zu lösen.

Mit Blick auf die Rolle Israels in der Region wurde angedeutet, dass sich das Land zukünftig auf eine Phase politischer Spannung einstellen müsse. Von neuen, demokratisch legitimierten Regierungen in den Transformationsländern des Nahen und Mittleren Ostens wird man eine größere Bereitschaft zur Berücksichtigung des Wählerwillens erwarten dürfen, was folglich auch zu einer kompromissloseren Politik gegenüber Israel führen könne, so ein Experte. Allerdings werden sich die arabischen Staaten noch lange und vorrangig mit ihrer innenpolitischen Situation auseinandersetzen müssen. Entgegen der oftmals anzutreffenden Argumentation, autokratische Regime seien berechenbarer als demokratische, führte einer der Nahostexperten aus, dass jedoch das „Absorptionsvermögen“, was das Maß an politischer Instabilität angehe, in Staaten mit einem gewissen Grad an Freiheit wie im Libanon vergleichsweise größer sei. Für Israel seien insbesondere die Beziehungen zu den USA, zur Europäischen Union und der Frieden mit Ägypten von zentraler Bedeutung, so eine israelische Teilnehmerin ergänzend.

Im weiteren Verlauf der Diskussion nahm die Frage nach der zukünftigen Rolle des Islam in den arabischen Staaten der Region eine zentrale Rolle ein. Insbesondere vor dem Hintergrund der Wahlen in Tunesien, welche die islamistische Ennahda-Partei für sich entscheiden konnte, wurden Stimmen laut, die vor einer wachsenden Islamisierung warnten. Grundsätzlich war sich die Mehrheit der Teilnehmer darüber einig, dass man die Wahlentscheidung der tunesischen Wähler respektieren und die Islamisierungsfrage nicht überbewerten sollte. Das Land blicke auf die ersten freien demokratischen Wahlen zurück, in denen die Wähler zwischen einer großen Anzahl verschiedener

politischer Parteien (81 Parteien zzgl. unabhängiger Listen) wählen konnten. Dies sei, so ein tunesischer Experte, für die tunesische Bevölkerung eine vollkommen neue Erfahrung gewesen. Zwar habe die Ennahda nahezu 40 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen können, mehr als 60 Prozent der ihre Stimme abgebenden Tunesier hätten sich allerdings gegen sie Ennahda entschieden.

Die EU dürfe jetzt nicht den politischen Fehler begehen und den Eindruck erwecken, nur dann ein Wahlergebnis zu würdigen, wenn es den eigenen Interessen entspreche. Es gelte nun, erst einmal die zukünftigen politischen Entscheidungen der Ennahda abzuwarten. Die Partei existierte bereits seit vielen Jahren, wenn auch offiziell immer wieder verboten, und kann deshalb auf lang etablierte Parteistrukturen bauen. Letztlich, so die einhellige Meinung, werden sich auch die Vertreter der Ennahda, so sie Regierungsverantwortung übernehmen werden, mit den demografischen und wirtschaftlichen Herausforderungen des Landes und einem damit notwendigerweise verbundenen Modernisierungsprozess auseinandersetzen müssen.

Grundsätzlich sei ein differenzierter Umgang mit Terminologien im Kontext des Islam geboten. So könne man nicht alle Bewegungen des politischen Islam mit dem in Europa negativ besetzten Begriff der „Islamisten“ gleichsetzen. Es bestünden durchaus auch moderate Strömungen des politischen Islams, die sich das Modell der AKP in der Türkei zu Eigen machten. Gleichzeitig hat ein islamisch geprägter Staat für diese Region als Normalität zu gelten und kann nicht per se als radikal gekennzeichnet werden. Zielführender sei es, zwischen einem radikalen Islam und einem pragmatischen, auf Marktwirtschaft ausgerichteten sogenannten „Good for Business“-Islam zu unterscheiden. Letztere Variante werde von der Türkei erfolgreich umgesetzt und impliziere die Vereinbarkeit von religiösen Werten mit politischer und wirtschaftlicher Modernisierung.



Ein ägyptischer Demonstrant macht auf die Bedeutung Sozialer Netzwerke für die Proteste aufmerksam.

EIN NEUER NAHER OSTEN? GEOPOLITISCHE VERÄNDERUNGEN IN DER REGION

Die Erörterungen zu möglichen geopolitischen Veränderungen machten sich die Ergebnisse der sicherheitspolitischen Implikationen zunutze, um geopolitische Konsequenzen für den Nahen und Mittleren Osten aufzuzeigen. Auch hier stellten sich die Teilnehmer erneut die Frage, ob die politischen Umbrüche in einzelnen Ländern bereits als regionale Umwälzung zu charakterisieren und die Bezeichnung „neuer“ Naher Osten bereits berechtigt sei.

Das Jahr 2011 stehe für viele historische Wendepunkte in der Region. Die Bevölkerungen der MENA-Länder haben sich gegen autoritäre Herrschaft und für Reformen und wirtschaftlichen Fortschritt ausgesprochen und diesem Willen unter großem individuellen Risiko in Massendemonstrationen Ausdruck verliehen. Die Palästinensische Autonomiebehörde hat die Vollmitgliedschaft als unabhängiger Staat in den Vereinten Nationen beantragt und die internationale Staatengemeinschaft damit vor eine sehr konkrete, deshalb jedoch umso schwierigere Entscheidung gestellt. Neue Akteure treten im Nahen Osten in den Vordergrund und erheben regionale Machtansprüche. Der Iran sieht darin sogar einen erfolgreichen Export seiner islamischen Revolution.

Parallel dazu bleiben allerdings bestehende sicherheitspolitische Herausforderungen wie die nukleare Aufrüstung des Irans, strategische Energieinteressen in der Region, Probleme der illegalen Migration im südlichen Mittelmeerraum, regionale Rivalitäten wie der seit der islamischen Revolution im Iran bestehende Konflikt zwischen dem schiitischen Iran und dem sunnitisch geprägten Saudi-Arabien, die Irak-Frage und insbesondere die Lösung des israelisch-palästinensisch/arabischen Konflikts weiterhin ungelöst.

Man war sich einig darüber, dass der Nahe Osten momentan einen entscheidenden Transformationsprozess durchlaufe, dessen Ausgang jedoch auch noch entscheidend von regionalen Entwicklungen abhängen würde. Die erfolgreiche Durchführung freier und demokratischer Wahlen sei zwar eine gute Basis, sie allein würden jedoch noch nichts über die mittel- und langfristige Perspektive dieses Transformationsprozesses aussagen. Daher sei es wohl verfrüht, bereits heute von einem „neuen“ Nahen Osten zu sprechen.

Mit Blick auf den Iran sei insbesondere das Durchhaltevermögen des Regimes von Bashar al-Assad in Syrien von zentraler Bedeutung, so ein iranischer Teilnehmer. Das iranische Regime kämpfe derzeit um seinen regionalen politischen Einfluss, wie nicht zuletzt auch die Reaktionen Teherans auf die arabischen Protestbewegungen der letzten Monate zeigen. Die iranischen Machthaber gingen bisher nicht davon aus, dass sich die Aufstände in Tunesien, Ägypten und Libyen auch auf Syrien, seinen wichtigsten Verbündeten in der Region, ausweiten würden. Das Ende des Assad-Regimes würde den Iran regional weitgehend isolieren. In diesem Zusammenhang verwies ein Teilnehmer auch auf zuletzt gemäßigte Äußerungen Mahmud Ahmadinedschads gegenüber Israel. In einem Interview mit dem Fernsehsender Al-Jazeera habe er erstmalig nicht die Existenz Israels in Frage gestellt, sondern lediglich die Ungerechtigkeit gegenüber den Palästinensern angeprangert und ein Ende der israelischen Besatzung gefordert, so ein Regionalexperte.

Vielmehr verliere der Iran gegenüber der Türkei an Einfluss, die sich verstärkt als Regionalmacht präsentiere. Der Frage nach einer neuen türkischen Außenpolitik, nicht zuletzt auch ausgehend von dem außenpolitischen Kurswechsel der Erdogan-Regierung gegenüber Israel, folgten weiterführende Fragen nach der mittelfristigen Rolle der Türkei in der Region und damit verbundenen Konsequenzen für das Verhältnis der Türkei zur Europä-



schen Union und zur NATO. Einigkeit bestand darin, dass die Türkei für eine erfolgreiche Umsetzung einer säkularen politischen Ordnung mit einer Trennung von Staat und Religion stehe und den arabischen Staaten heute als ein Beispiel dafür dienen könne, dass ein säkularer nicht mit einem atheistischen Staat gleichzusetzen sei. Die Europäische Union solle daher diese Vorbildfunktion der Türkei zur Förderung ihrer eigenen Interessen nutzen. Der EU könne eine Regionalmacht Türkei in jedem Falle nützlicher sein als ein Machtzuwachs des Irans oder Saudi-Arabiens.

Allerdings, so ein türkischer Teilnehmer, bleibe die Türkei ein Fall sui generis. Zwar könne die Türkei den arabischen Transformationsstaaten als eine Orientierung auf dem Weg zu politischer und wirtschaftlicher Stabilität dienen, doch dürfe man nicht außer Acht lassen, dass die Türkei bereits 1963 ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union unterzeichnet habe,

das ihr einen Reformkurs vorgab. Zudem blicke das Land bereits auf eine lange demokratische Tradition zurück, in der die Trennung von Staat und Religion fest verankert sei. Der enorme wirtschaftliche Vorsprung des Landes gegenüber seinen regionalen Nachbarn zeige sich nicht zuletzt in einer wachsenden wirtschaftlich prosperierenden Mittelschicht. Premierminister Recep Tayyip Erdogan sei es zudem gelungen, den Einfluss des Militärs erheblich zurück zu drängen. Alle diese Errungenschaften nützen der Türkei gegenwärtig bei ihrem außenpolitischen Kurswechsel.

DIE AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITISCHEN BEZIEHUNGEN EUROPAS MIT DEM NAHEN OSTEN/NORDAFRIKA

Gleich zu Beginn des Panels wurde hervorgehoben, dass die gegenwärtigen revolutionären Umbrüche einen weiteren „Testfall“ für die europäische Außenpolitik

*Protest der jungen Generation:
„Mubarak, deine Zeit ist abgelaufen.“*



Links: Solidaritätsdemonstration für die tunesische und ägyptische Protestbewegungen. Rechts: Proteste in Damaskus.

und die NATO-EU Beziehungen darstellen würden. Die NATO, so ein Teilnehmer dieser Organisation, gestalte ihre Beziehungen zu den Ländern der Region einerseits über den seit 1994 bestehenden Mittelmeerdialog (MD) dem derzeit die NATO-Staaten zzgl. Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Marokko, Mauretanien und Tunesien (NATO+7) angehören sowie über die im Jahre 2004 ins Leben gerufene Istanbul Kooperationsinitiative (ICI) zur Förderung der praktischen Zusammenarbeit mit dem „weiteren Mittleren Osten“ – hier insbesondere den Golfstaaten. Darüber hinaus verfolge der 2006 initiierte NATO Regional Cooperation Course (NRCC) das Ziel, den Dialog und das Netzwerk sowohl mit den MD als auch den ICI-Ländern zu stärken und die Kooperation im Bereich der militärischen Aus- und Weiterbildung zu fördern. Kritik wurde seitens der Teilnehmer insbesondere an der fehlenden Komplementarität der Initiativen geübt. Es gelte zudem, die Dialogländer stärker einzubinden und persönliche Kontakte zu intensivieren.

Auch die Europäische Union sei seit Jahren um einen Dialog mit den Ländern der für sie geopolitisch bedeutenden MENA-Region bemüht. Dieser Dialog wurde 1995 mit dem sogenannten Barcelona-Prozess (EUROMED) institutionalisiert, 2004 um die neue Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) ergänzt und 2008 in die Union für das Mittelmeer (UfM) überführt. Einig waren sich die Teilnehmer darin, dass die bisherigen Ergebnisse im Rahmen der ENP und der UfM weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben seien, was nicht zuletzt den unterschiedlichen Erwartungen an die Politik auf beiden Seiten geschuldet sei. So wird ein algerischer Politiker zitiert, der in Bezug auf die ENP geäußert habe, dass die EU von den Partnerländern zu viele Zugeständnisse verlange. Die Europäische Union dürfe ihre Erfahrungen mit den Ländern Mittel- und Osteuropas nicht zur Grundlage ihrer Mittelmeerpolitik machen.

So sei bisher eine doppelzüngige Strategie verfolgt worden, die insbesondere den energiepolitischen Interessen an der MENA-Region geschuldet sei. Das Ergebnis sei ein Verlust politischer Glaubwürdigkeit, zumal die EU außenpolitisch weiterhin nicht in der Lage zu sein scheine, mit einer Stimme zu sprechen. Dies habe sich zuletzt im Falle Libyens gezeigt.

Insbesondere im Lichte der aktuellen Entwicklungen sei verstärkt auf komplementäre Ansätze zu bauen. Für die Partnerländer stünden derzeit nationale Interessen im Vordergrund. Hoffnungen auf eine intraregionale Kooperation könne man derzeit nicht haben. Die Gewichtung der einzelnen Staaten im regionalen Gefüge werde sich erst noch zeigen und hänge primär von den Entwicklungen in Ägypten und Syrien ab. Gegenwärtig müsse Brüssel seinen normativen Ansatz überdenken. Vielmehr sei es notwendig, den Blick verstärkt dem kulturellen Kontext zuzuwenden und dabei die psychologischen Aspekte nicht außer Acht zu lassen.

Die aktuelle Situation erfordere mehr „Soft Power“. So habe die EU erst kürzlich im Falle Libyens bewiesen, dass sie durchaus imstande ist, kurzfristige humanitäre Hilfe zu leisten. Mit ihren „Soft Power“-Instrumenten könne die EU nicht zuletzt auch mit Blick auf die Förderung von Zivilgesellschaft viel erreichen, so die Forderung eines ägyptischen Teilnehmers.

EUROPA UND DER NAHE OSTEN – PERSPEKTIVEN UND KERNFRAGEN EINER NEUEN PARTNERSCHAFT

Das letzte Panel der Expertentagung diene einer vertieften Analyse des politischen Ansatzes der Europäischen Union gegenüber den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens mit Blick auf die Europäische Nachbarschaftspolitik und zentrale Fragen der Europäischen



9. Februar 2011: Ägyptische Kopten beten auf dem Tahrir-Platz.

Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Es wurde deutlich angemerkt, dass die EU an Glaubwürdigkeit und Vertrauen in der MENA-Region nur gewinnen könne, wenn sie in ihrer politischen Ausrichtung deutlich zwischen strategischen, sicherheitspolitischen Interessen einerseits und ihren Wertevorstellungen, hier insbesondere der Demokratieförderung, andererseits unterscheidet. Nur auf diese Weise sollte sie ihre Interessen artikulieren, so ein Teilnehmer. In diesem Zusammenhang wurde angeregt, verstärkt auf die Einhaltung der universellen Menschenrechte als Kriterium zu setzen und sich darauf zu konzentrieren, anstatt die weitgefasste Begrifflichkeit „Demokratie“ zu nutzen. Das Instrument der politischen Konditionalisierung gelte es in der Unterstützung des Transformationsprozesses gezielt einzusetzen. Dies sei bisher nicht der Fall gewesen.

Erst kürzlich habe die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, die Europäische Nachbarschaftspolitik einer Überarbeitung unter dem Titel: „A New Response to a Changing Neighbourhood“ unterzogen. Seitens des Europäischen Rates wurde daraufhin eine neue „Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerraum für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand“ proklamiert. Zudem wird das Portfolio der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) um die Transformationsländer in der MENA-Region erweitert. Ein Vertreter des Europäischen Parlamentes regte in diesem Zusammenhang eine geografische Ausweitung der Europäischen Politik gegenüber den südlichen Nachbarn an. Die EU habe sich bisher auf den südlichen Mittelmeerraum beschränkt, was jedoch mit Blick auf die politischen Entwicklungen und Vernetzungen in der Region unzureichend sei. Vielmehr bedürfe es eines Ansatzes, der die gesamte Region des Nahen und Mittleren Ostens einbeziehe und sich verstärkt auch mit der Frage regionaler Konfliktlösung auseinander-

setze. Eine Gesamtstrategie im Sinne eines „Marshallplans“ wurde dagegen als nicht zielführend bewertet. Zu unterschiedlich seien die Entwicklungen der einzelnen Länder und die damit verbundenen individuellen Bedürfnisse. Daher müsse die EU verstärkt auf bilaterale Partnerschaften im Rahmen der ENP setzen. Im Rahmen des G8-Gipfels im französischen Deauville wurde daher zuletzt die sogenannte Deauville-Partnerschaft mit Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas gegründet, deren Umsetzung in Kooperation mit multilateralen Institutionen erfolgen soll.

Im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik sei ein koordiniertes Vorgehen erforderlich, was allerdings primär von der Bereitschaft der einzelnen Mitgliedstaaten abhängt. Um zukünftig eine schnellere und zielgerichtete Handlungsfähigkeit der Europäischen Union zu gewährleisten, sei eine verstärkte Kooperation jedoch unverzichtbar. Nicht zuletzt mit Blick auf die Sicherheitspolitik wurde auch die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen betont und der Ausbau eines strukturierten Dialogs mit der Türkei gefordert.

DIE DEUTSCHE TRANSFORMATIONSPARTNERSCHAFT: ZIELE UND ERWARTUNGEN

Von deutscher Seite wurde im Kontext der deutsch-ägyptischen Konsultationen im August 2011 die sogenannte „Berlin Declaration“ unterzeichnet, die bilaterale Transformationspartnerschaften mit Ägypten, Tunesien und weiteren Ländern der Region vorsieht. Im Auswärtigen Amt wurde dafür bereits eine spezielle Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich in Kooperation mit weiteren Ministerien, insbesondere dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und dem Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi), ausschließlich der Ausarbeitung konkreter Maßnahmen widmet. Diese Maßnahmen, so ein Ver-



treter des Auswärtigen Amtes, würden sich nach den individuellen Bedürfnissen der Partnerländer richten. Bisher habe man Finanzmittel in Höhe von 40 Mio. Euro bereitstellen können. Vorbehaltlich der Zustimmung des Bundestages seien weitere 100 Mio. Euro für die Jahre 2012/2013 vorgesehen.

Der primäre Fokus der Transformationspartnerschaften liege auf Maßnahmen zur Förderung der Demokratie, der Justiz- und Sicherheitssektorreform sowie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der besagten Länder. Die deutschen Politischen Stiftungen nehmen in der effektiven Umsetzung der vorgesehenen Maßnahmen eine zentrale Rolle ein. Bundeskanzlerin Angela Merkel habe zuletzt sogar eine Beschäftigungspartnerschaft angeboten, um den konkreten Bedürfnissen der Transformationsländer entgegenzukommen. Hier baue man auf die Kooperation mit deutschen Unternehmen und Auslandshandelskammern (AHK) vor Ort, so ein Vertreter des Auswärtigen Amtes.



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Herausgeber

*Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,
Sankt Augustin/Berlin*

Text

Anne Elisabeth Ludwigs

Redaktion

Dr. Hardy Ostry, Henning Suhr

Fotos

*Oliver Ernst (S. 2, 8),
Jonathan Rashad, Wikimedia
Commons (S. 1),
Crethi Plethi, flickr (S. 3)
Essam Sharaf, Wikimedia
Commons (S. 4, 5),
Sherif9282, Wikimedia
Commons (S. 7),
Syriana2011, flickr (S. 6)
Jillian York, flickr (S. 6)*

*Das Werk ist in allen seinen
Teilen urheberrechtlich ge-
schützt, mit Ausnahme der
frei zugänglichen Fotos. Jede
Verwertung ist ohne Zustim-
mung der Konrad-Adenauer-
Stiftung e.V. unzulässig. Das
gilt insbesondere für Vervielfäl-
tigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die
Einspeicherung in und Verar-
beitung durch elektronische
Systeme.*

© 2011
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISBN 978-3-942775-66-3

www.kas.de

Print  kompensiert
Nr. 119344
www.cofre.orf.cdn